

„Jamaika“-Mehrheit stimmt für Haushalt

Heftiger Schlagabtausch im Maintaler Stadtparlament

Maintal (leg). – Nachdem die FDP am Freitag von ihrer zunächst geäußerten Ansicht, dass der Magistrat seine Haushaltsvorlage für 2011 überarbeiten müsse und diese in ihrer ursprünglichen Fassung noch nicht „zustimmungsfähig“ sei, abgewichen war, stellte die Mehrheit für den Haushalt des CDU-geführten Magistrats gestern Abend keine Überraschung mehr dar. Christdemokraten, Grüne und Liberale votierten für den Haushalt, SPD und Wahlalternative WAM dagegen.

Der Abstimmung über die Haushaltsvorlage des Magistrats gingen die Reden der Fraktionschefs voraus. Diese gaben einen Vorgeschmack auf den Wahlkampf, der besonders heftig geführt werden dürfte. SPD-Frontmann Karl-Heinz Kaiser und Jörg Schuschkow (WAM) griffen vor allem die FDP an, die sie als „Umfaller-Fraktion“ (Kaiser) beziehungsweise als Partei bezeichneten, die nun „mit fadenscheinigen Argumenten dem Haushalt zustimmt, obwohl sich an der vorher von ihr kritisierten mangelnden Konkretisierung nichts, aber auch gar nichts geändert hat“ (Schuschkow).

Dr. Dieter Fritz, der FDP-Fraktionschef, verteidigte die Entscheidung seiner Partei, nun doch der Haushaltsvorlage und einer Erhöhung der Grundsteuer zuzustimmen, nachdem die Liberalen die Anhebung der Steuer im vergangenen Jahr noch verhindert hatten. „Da auch bei Erreichen des ambitionierten Sparziels von rund 1,8 Millionen Euro im Jahr 2011 das verbleibende Defizit mit über fünf Millionen Euro erheblich bleiben wird, führt an der Grundsteuererhöhung kein Weg vorbei“, verteidigte Fritz den Sinneswandel seiner Partei. Zugleich verdeutlichte der Bischofsheimer, dass es erhebliche Einsparungen im Haushalt geben müsse, da es „finanzpolitisch fünf vor zwölf“ sei. „Aufgrund des vorliegenden Haushaltsplans wissen die Bürger, dass in allen Bereichen mit Einschnitten zu rechnen ist, nirgends aber ein völliger Wegfall der Leistung droht“, behauptete Fritz. So würden auch keine Kitas geschlossen, „aber vielleicht die anfallende Verwaltungsarbeit von den Leiterinnen auf andere Schultern umgestaltet, Kita-Ausflüge kritisch hinterfragt und bei den Spielsachen sowie Arbeitsmaterialien gespart werden“, führte er aus.

Einen Frontalangriff auf den Bürgermeister Rohrbach angeführten Magistrat und die ihn unterstützende „Jamaika“-Mehrheit fuhr Karl-Heinz Kaiser. Nach Meinung des SPD-Fraktionschefs liege den Stadtverordneten ein Haushalt vor, „der auf dramatische Art und Weise die Handlungsunfähigkeit der Kommune aufzeigt. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre wirken auch in Maintal nachhaltig nach“.

Kaiser machte noch einmal deutlich, dass die Grundsteuererhöhung von seiner Fraktion auf keinen Fall mitgetragen werde. „Das haben wir gestern gesagt und wir werden es heute und morgen sagen. Wir halten Wort und fallen nicht um“, machte der Sozialdemokrat vor allem in Richtung FDP deutlich. Kaiser ist zudem sicher, dass der „große Hammer“ erst nach der Kommunalwahl kommen werde. Er kritisierte erneut, dass der Magistrat nicht offenlege, wo genau die zehn Prozent quer über alle Budgets der städtischen Fachbereiche gespart werden sollen. Unter anderem gab er zu bedenken, dass allein im Bereich Kinder, Jugend und Familie Kosten von über 700 000 Euro reduziert werden sollen. „Wie soll das gehen?“, fragte Kaiser in Richtung Rohrbach, CDU, Grüne und FDP.

Jörg Schuschkow sah es ähnlich und prophezeite, dass „Jamaika“ nach dem 27. März die „große Keule auspackt und die schon geplante Streichung von Leistungen und weitere Erhöhungen von Abgaben und Gebühren bekannt geben“ werde. Schließlich müssten „solche Prestigeprojekte wie die Fußballplätze von Germania Dörnigheim in der ‚Grünen Mitte‘ finanziert werden. Wozu auch davon ab-

gehen, sechs Millionen Euro in der ‚Grünen Mitte‘ zu versenken, wenn man zur Finanzierung weiter lustig an der Steuer-schraube drehen kann?“, polemisierte er. Die scheidende CDU-Fraktionsvorsitzende Angelika Feuerbach lobte derweil die Haushaltsvorlage des Magistrats und verteidigte die Erhöhung der Grundsteuer, die nun von 350 auf 395 statt der vom Bürgermeister angesetzten 420 Prozentpunkte erhöht wurde (dies, so Feuerbach, sei dem Umstand geschuldet, dass die Wähler in Maintal dafür gesorgt hätten, dass die Fraktionen Kompromisse schließen müssten). „Die Erhöhung der Grundsteuer ist unumgänglich. Wir greifen nicht leichtfertig in das Portemonnaie der Bürger. Aber wir täuschen ihnen auch nicht fahrlässig vor, dass alles sich schon von allein richten wird“, so Feuerbach, die sich damit auf einer Linie mit Peter Arendt befand.

Der Fraktionschef der Grünen warf SPD und WAM Verweigerungspolitik vor. Dafür lobte er Rohrbachs Konsolidierungsprogramm als Grundlage, um Maintal wieder nach vorne zu bringen. Er räumte ohne Umschweife ein, dass „wir finanziell am Ende sind“ und Einschnitte bei den städtischen Leistungen unumgänglich seien. Die Reduzierung der städtischen Budgets um 1,9 Millionen Euro sei dabei ein ehrgeiziges Ziel. „Wo wir dabei landen werden, werden wir sehen“, so Arendt, der die Parole ausgab: „Wir müssen uns auf den Weg machen.“ Das animierte vor allem die SPD-Stadtverordneten zu polemischen Zwischenrufen, denn Arendt wird Maintal 2011 in Richtung Darmstadt verlassen.

